

Gestaltung an. In der Berliner Briefumschlagindustrie war das Geschäft ziemlich still. Die Schriftgießereien und chemographischen Anstalten waren schwach beschäftigt. Der letzte Monatsbericht der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf bemerkt im Abschnitt Buch- und Zeitschriftenhandel:

Das Abonnementgeschäft im Zeitschriftenhandel hat die österliche Geschäftsstille überwunden. Doch ist der Rückgang des Abonnementbestandes noch nicht zum Stillstand gekommen. Die Lage des Bahnhofsbuchhandels und des Zeitungs- und Zeitschriftenvertriebs durch Kioske ist unverändert. Die Umsätze des Sortimentsbuchhandels bleiben um etwa ein Fünftel hinter dem Umsatz im gleichen Monat des Vorjahres zurück.

Dieses Urteil dürfte die Durchschnittslage widerspiegeln. Die Produktionstätigkeit im Verlag ist nach einem mit dem Ostergeschäft zusammenhängenden geringen Auftrieb im März wieder merklich stiller geworden. Die Gesamtzahl der seit Anfang des Jahres bis Ende Mai im Börsenblatt erstmalig angekündigten Neuigkeiten beträgt jetzt 5465 gegen 5630 im selben Zeitraum 1929. Das entspricht einem weiteren Rückgang um rund 3%, nachdem schon im vorigen Jahr ein wesentlich niedrigerer Stand als in früheren vorlag. Auch diese Zahlen belegen, was den allgemeinen Konjunkturberichten entspricht.

Die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft endlich, um mit dieser schon die Abwehrmaßnahmen streifenden Stimme zu schließen, führt in ihrem neuesten Monatsbericht zur Wirtschaftslage aus, daß sich auch für die deutsche Wirtschaft die Verschlechterung der Weltmarktlage neuerdings in einer gewissen Erschwerung ihres Auslandsabsetzes geltend zu machen scheine. Von der Seite der Preisentwicklung her habe die deutsche Handelsbilanz bisher dadurch eine Entlastung erfahren, daß die Verbilligung der eigenen Lebensmittel- und Rohstoffbezüge vom Auslande eine viel weitergehende war als die Senkung der bei der eigenen Ausfuhr durchschnittlich erzielten Preise. Bei einem Vergleiche mit dem ersten Vierteljahr 1929 betrug im ersten Vierteljahr 1930 die Ersparnis infolge gesunkener Einfuhrwerte mehr als 300 Mill. M., was einer Senkung des Preisstandes um 10% gleichkommt, während die durchschnittlichen Ausfuhrpreise im gleichen Zeitraum nur um etwa 5% gesunken sind. Schon diese kurze Betrachtung zeige aber, von welcher weittragender Bedeutung die Preisbewegung für Deutschlands Außenbilanz ist. Sie werfe zugleich die bedeutsame Frage auf, ob und wie weit die deutsche Ausfuhr, und zwar im wesentlichen die Fertigwarenausfuhr, auf ihrem jetzt erreichten Umfange gehalten oder gar, in Fortsetzung der Entwicklung der letzten Jahre und zur dringend nötigen Erzielung wachsender Ausfuhrüberschüsse, gesteigert werden könne, ohne daß Deutschland stärker als bisher in die internationale Linie des Preisabbaues einschwenke. Alle Wahrscheinlichkeit spreche dafür, daß die deutschen Ausfuhrindustrien auf die Dauer noch mehr als heute in ihrer Preisstellung der verschlechterten Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes und den Bedingungen der fremden Wettbewerbsindustrien Rechnung zu tragen haben werden. Ausnahmen hiervon würden auf bestimmten Gebieten hoher Qualitätsleistung immer bestehen bleiben. Notwendige Voraussetzungen für Preisnachlässe, die nicht eine unerträgliche Beschneidung der Gewinne zur Folge haben sollen, sei aber die Senkung der eigenen Herstellungskosten. Aber nicht nur die weitere Entwicklung der deutschen Warenausfuhr hänge von den Möglichkeiten der Senkung des inneren Preispiegels ab. Fast noch wichtiger seien im Augenblick die Wechselwirkungen, die zwischen Preisbewegung und Binnenkonjunktur bestehen. In diesem Zusammenhang werde die Richtigkeit der These immer allgemeiner anerkannt, daß zur organischen Überwindung der Depression ein systematischer Preisabbau eingeleitet werden müsse, der über die vom Auslande her beeinflussten Agrar- und Rohstoffpreise hinaus stärker in das Gebiet der Fertigwaren eindringe. Wie die Dinge in der Mehrzahl der deutschen Industrien lägen, sei zur Erreichung dieses Zieles eine Senkung aller derjenigen Kostenfaktoren notwendig, die überhaupt einer solchen Beeinflussung zugänglich seien. Die drängende Gegenwartsfrage sei die, wie ein alsbald wirksamer Kostenabbau herbeigeführt werden könne, der über Preisverbilligung und Wiederausweitung des Konsums

zur Überwindung der Depression führe. Immer mehr setze sich, nicht nur in Kreisen des Unternehmertums, die Überzeugung durch, daß es unmöglich sein werde, ohne eine gewisse Korrektur des gegenwärtigen Lohnniveaus die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Die hier in den Vordergrund geschobene Frage des Preisabbaues steht mit der Frage der Sanierung der öffentlichen Finanzen in engstem Zusammenhang. Daß eine Senkung insbesondere der Preise der für die Ausfuhr maßgeblichen Waren dringend erforderlich ist, steht seit langem fest. Schon heute steht die Ausfuhr unter schwerstem Preisdruck. Wenn Deutschland wettbewerbsfähig bleiben soll, darf es sich nicht nur auf seine Leistungsfähigkeit verlassen; es muß vielmehr auch den Anschluß an den Weltpreisstand behalten und sich ihm anpassen. In einer Zeit sinkender Weltpreise, wie sie immer deutlicher geworden ist und voraussichtlich noch lange genug anhalten wird, heißt das zwangsläufig, mit den eigenen Preisen ebenfalls nachzugeben. Voraussetzung eines solchen allgemeinen Preisabbaues ist aber naturgemäß eine entsprechende Produktionsverbilligung. Die technische Rationalisierung hat dieses Ziel zwar auf dem Papier erreichen lassen. Aber der Markt erweist sich für die Aufnahme dieser Produktion als zu schwach, und die ungenügende Ausnützung der zu groß gewordenen Produktionskapazität wirkt letzten Endes verstärkt verteuern, indem die Rentabilität schwindet. Die Rationalisierung hat sich als ein Rechenfehler erwiesen wie eine zu hoch kalkulierte Auflage im Verlag. Demgegenüber hat man schon längst auch das Problem der wirklichen Kostensenkung erörtert. Angriffspunkt waren hier zunächst die überhöhten öffentlichen Lasten. Man erinnere sich der großen Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu dieser Frage. Man erinnere sich aber auch daran, daß noch Ende 1929 — vor knapp einem halben Jahr — die Reichsregierung feierlichst diese Entlastung der Wirtschaft durch einen entsprechenden Steuerabbau in Aussicht gestellt hat. Dazu sollten die Ersparnisse des Young-Planes, dessen Annahme um deswillen empfohlen wurde, benutzt werden. Vielleicht hätte das auch gelingen können, wenn die Reichsfinanzen in Ordnung gewesen wären. Das waren sie aber nicht. Die Erleichterung des Young-Planes hat noch nicht einmal dazu gereicht, das Defizit auszugleichen. Von Steuerabbau ist infolgedessen mit keinem Wort mehr die Rede. Statt dessen soll eine Vermehrung der Lasten kommen. Nicht einmal die Reparations-Anleihe für Bahn und Post, die reichlich lange auf sich warten ließ, wird eine Belebung bringen. Denn sie steht für neue Aufträge nicht mehr zur Verfügung, hat vielmehr auch nur noch alte Löcher zu füllen. Soll aber die Wirtschaft die neue Belastung tragen können, ohne zum Erliegen zu kommen, so muß selbstverständlich eine Geschäftsbelebung versucht werden. Das führt wieder auf den Preisabbau zurück, der um so dringender wird, wenn nun das Arbeitseinkommen der Festbesoldeten mit dem Notopfer erneut um 350 Millionen gekürzt werden soll. Kann von diesem allgemeinen Preisabbau aber auf die Dauer der Preis für die menschliche Arbeit ausgeschlossen bleiben? Da ist man bei der Frage des Lohnabbaues, der nach dem Scheitern des Abbaues der öffentlichen Lasten als einzige Möglichkeit der Kostenverbilligung übrig bleibt und ohne den infolgedessen Preisabbau nicht denkbar erscheint. Hier meldet sich aber auch sofort der Widerspruch der Gewerkschaften. Der Streit entbrennt insbesondere darum, wer das Recht des Vorgehens haben soll. Die Gewerkschaften fordern in erster Linie Preissenkung. Auf einer gemeinsamen Tagung der Bundesausschüsse des ADGB. und des AfA.-Bundes am 30. Mai führte in dem einleitenden Referat der Leiter der sozialpolitischen Abteilung des ADGB., Spliedt, u. a. dazu etwa folgendes aus:

Die von den Unternehmern vorgeschlagene Lohnsenkung würde bedeuten, daß die Kaufkraft des Binnenmarktes, der mehr als vier Fünftel der deutschen Produktion aufnimmt, geschwächt würde. Wie kann man überhaupt von einer Senkung der Löhne in einem Augenblick sprechen, in dem die Regierung sich bemüht, die Lebensmittelpreise in die Höhe zu treiben? Die Gewerkschaften verlangen im Gegenteil Preissenkungen, um die verminderte Kaufkraft wieder anzuregen. Wenn diese Preissenkungen zu einer zeitweiligen Ver-